

# Freiheit für Forschung und Hochschule

Nordrhein-Westfalen kann mehr



Die Landtagsfraktion

**CDU**

[www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)



Die CDU-Landtagsfraktion hat 68 Mitglieder. Sie sind bei der Landtagswahl am 12. Mai 2012 direkt oder über die Landesliste aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens gewählt worden. Innerhalb der CDU-Fraktion gibt es 22 verschiedene Arbeitskreise, in denen die wichtigen landespolitischen Themen bearbeitet werden. Alle Informationen zu den Abgeordneten und der Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet:

[www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)

 @CDUNRW\_Fraktion

 CDU-Landtagsfraktion NRW

 CDUFraktionNRW

 cdu\_fraktion\_nrw



*Viele Lesern und Leser,*

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine der vielfältigsten und dichtesten Hochschullandschaften Europas. Dennoch stehen unsere Universitäten und Fachhochschulen vor großen Problemen, denn ihre Autonomie und Forschungsfreiheit wurden unter Rot-Grün systematisch beschnitten. Zudem weist Nordrhein-Westfalen bei der Anzahl der Professoren im Verhältnis zu den Studierenden die bundesweit schlechteste Betreuungsrelation auf, was einer hochwertigen Lehre oft im Wege steht.

Die CDU-Landtagsfraktion will den Hochschulen wieder ihre Freiheit zurückgeben, die wissenschaftspolitische Regulierung, insbesondere im Bereich der Forschung, zurücknehmen und durch strukturelle Reformen die Qualität der Lehre verbessern. Wir müssen unsere Universitäten und Fachhochschulen für die Zukunft gut aufstellen. Denn sie sind der Motor für Innovationen und damit für die Arbeitsplätze von morgen.

*Armin Laschet*

Armin Laschet, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



## **Hochschulfreiheit wiederherstellen**

Nordrhein-Westfalen galt aufgrund einer sehr autonom gestalteten Hochschullandschaft in den Jahren 2005 bis 2010 als Vorreiter in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Das Hochschulfreiheitsgesetz der schwarz-gelben Regierung stärkte die Selbstverwaltung der Hochschulen und förderte Kooperationen mit der Wirtschaft. Im September 2014 beschloss Rot-Grün jedoch ein neues Hochschulgesetz. Es atmet den Geist der Bevormundung, des Misstrauens und der Bürokratie.

Mit dem Verzicht auf die im Hochschulfreiheitsgesetz vorgesehene Evaluierung hat es Rot-Grün bewusst unterlassen, in einem transparenten Verfahren über eine Weiterentwicklung des Hoch-

schulrechts zu beraten. Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam mit den Hochschulen die überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung zügig nachholen, um die 2014 begangenen Fehler wieder zu beheben.

Die Wirtschaft spielt als Ideengeber und Partner der Hochschulen eine wichtige Rolle, damit Forschung und Entwicklung marktfähige Innovationen hervorbringen können. Die rot-grüne Landesregierung erschwert mit ihrer Politik jedoch die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen. Die Hochschulen haben ihre Freiheiten in den Jahren bis 2014 verantwortungsvoll genutzt. Wir wollen wieder an diese Erfolgsgeschichte anknüpfen.



## ***Forschungsfreiheit verteidigen***

Die Landesregierung greift schleichend in die vom Grundgesetz gesicherte Forschungsfreiheit ein. So wurde die Einführung einer Zivilklausel begünstigt, die ein Verbot von Forschung, die auch zu militärischen Zwecken genutzt werden könnte, beinhaltet. Erfindungen wie zum Beispiel das Internet, dessen Entwicklung durch das amerikanische Verteidigungsministerium finanziert wurde, wären somit in Nordrhein-Westfalen nicht mehr möglich. Hinzu kommen konkrete Eingriffsmöglichkeiten und Vorgaben in die Haushalte jeder Fakultät. Das Hochschulzukunftsgesetz sieht vor, dass das

Ministerium auch gegen den Widerstand einer Hochschule einen für diese geltenden Hochschulentwicklungsplan einführen kann. So nimmt das Ministerium auf die Ziele und Schwerpunkte einer Hochschule und auf Lehre und Forschung Einfluss.

Die CDU-Fraktion lehnt diese Eingriffe in die grundgesetzlich verbrieftete Freiheit von Forschung und Lehre ab. Alle Maßnahmen, Projekte, Ziele und Absichten, die diesen Rechten zuwiderlaufen, werden wir im Sinne des Grundgesetzes verhindern oder ändern.

## Zahl der Studienabbrecher senken

Studienabbrecher verursachen hohe Kosten und erschweren anderen Studierwilligen den Zugang zu Studienplätzen. Nach einer der wenigen hierzu vorliegenden Untersuchungen bricht knapp ein Drittel der Studienanfänger das Studium ab (28%). Doch anstatt nach den Ursachen zu suchen und diesen wirksam entgegenzutreten, hat die Landesregierung eine verbindliche Bestehensquote eingeführt. Die Hochschulen erhalten zudem Kopfprämien von 4.000 Euro, wenn die Studierenden ihr Erststudium abschließen. Eine Teilnahme an Veranstaltungen der Hochschule darf bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr von Studierenden verbindlich eingefordert werden.

Anstatt unsere Gymnasien und die Qualität der „allgemeinen Hochschulreife“ zu verbessern und so mehr Schüler zu einem erfolgreichen Studium zu befähigen, bürdet die Landesregierung es den Hochschulen auf, die Studierfähigkeit vieler jun-

ger Menschen herzustellen. Anstatt das duale System zu stärken und mehr Menschen von einer Ausbildung zu überzeugen, senkt sie die universitären Leistungsanforderungen ab. Die daraus resultierende „Überakademisierung“ hat fatale Folgen für das bewährte Modell der dualen Ausbildung.

Wir wollen die Zahl der Studienabbrecher senken, ohne Abstriche bei der Qualität des Studiums zu machen. Quotierungen müssen abgeschafft werden. Wir wollen die Hochschulen durch landesweite, freiwillige Eingangstests darin unterstützen, bereits zu Beginn eines Studiums sicherzustellen, dass Studienanfänger fähig sind, den von ihnen gewählten Studiengang auch erfolgreich abzuschließen. Das spart Hochschulen und Studierenden wertvolle Zeit. Anwesenheitspflichten müssen wieder voll in das Ermessen der Lehrenden gestellt werden.

## **Betreungsverhältnis verbessern**

Bei der Betreuungsrelation an Hochschulen (Studierende pro Lehrendem) liegt unser Bundesland im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz.

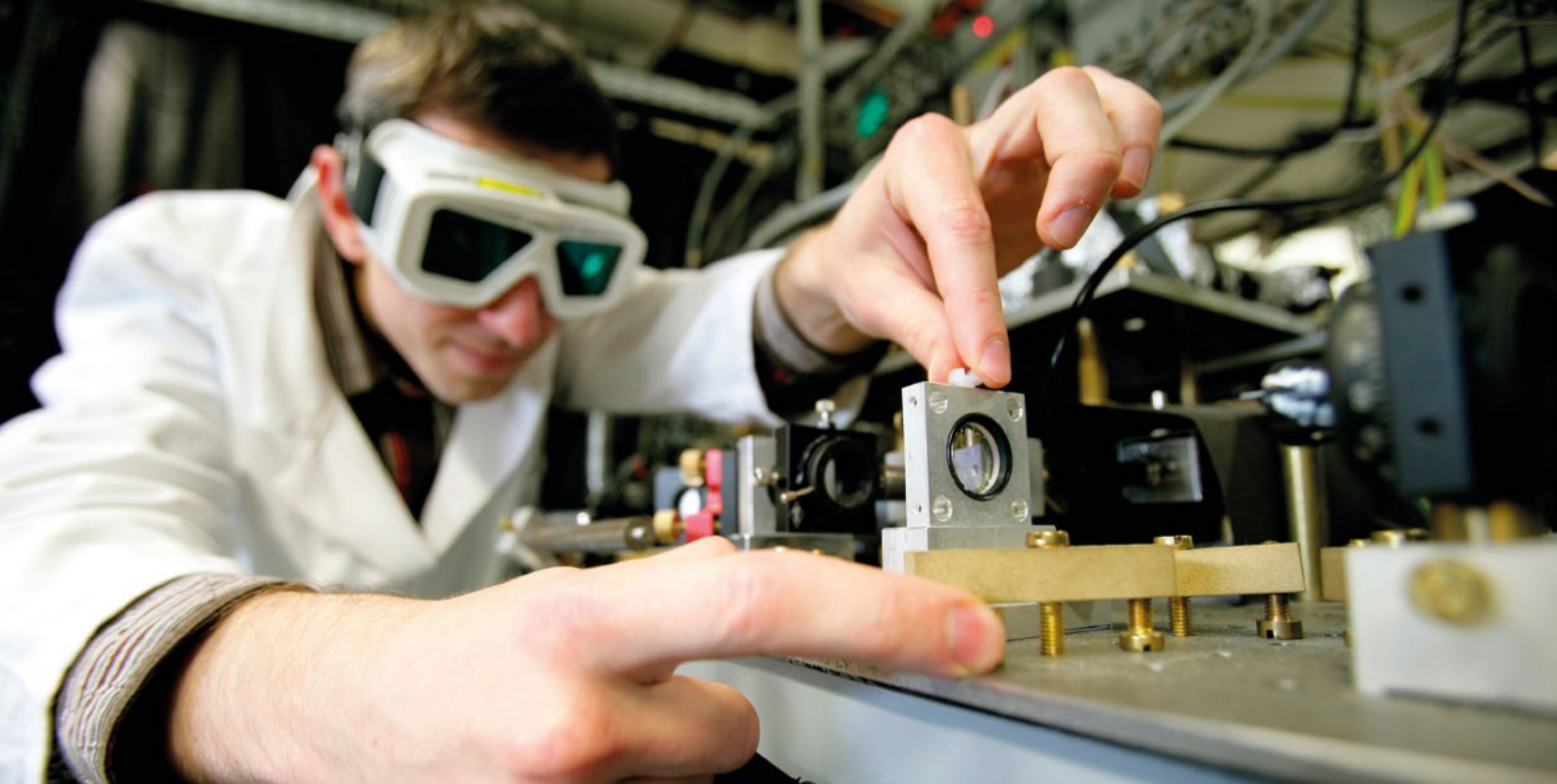
Während in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 im Schnitt noch ein Professor für 82 Studierende verantwortlich war, erhöhte sich die Zahl bis 2015 auf rund 90. Seit Rot-Grün regiert, hat sich die Betreuungsrelation in Nordrhein-Westfalen aber nicht nur verschlechtert. Der Abstand zu den anderen Bundesländern ist sogar noch größer geworden. Denn im gleichen Zeitraum gelang es etwa dem Land Thüringen, sein Betreuungsverhältnis zu verbessern. Das Land Baden-Württemberg schaffte es,

trotz doppelten Abiturjahrgangs und steigender Studierfreudigkeit, das Verhältnis beinahe konstant zu halten.

Es ist eine Landesaufgabe, die Mittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitzustellen. Das Land muss in diesem Rahmen ein angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis ermöglichen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Regelungen der Schuldenbremse müssen alle Bereiche auf den Prüfstand gehoben und Gelder gezielter eingesetzt werden. Die Hochschulfinanzen müssen auf dieser Basis neu aufgestellt werden. Die Wiedereinführung von Studiengebühren lehnen wir ab.







## **Für gute Beschäftigungsbedingungen**

Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal sind ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung unseres Hochschulstandortes.

Da an den Hochschulen die Grundmittel seit Jahren stagnieren und nur Projektmittel und zeitlich befristete Mittel (Hochschulpakt) zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, vergeben die Hochschulen immer öfter zeitlich befristete Verträge.

Der Wissenschaftsbetrieb muss auch in Zukunft auf befristete Arbeitsverhältnisse zurückgreifen kön-

nen. Klar ist aber auch, dass dies nicht die Regel der Beschäftigung an unseren Hochschulen sein kann. Es bedarf daher einer angemessenen Grundmittelausstattung, damit die Hochschulen die ihnen übertragenen Aufgaben auch schultern können.

Daneben ist das Tenure-Track-Verfahren, in dem Nachwuchswissenschaftler bei Erbringen bestimmter Leistungskriterien in den W-Besoldungsgruppen für Professoren aufsteigen, als eines der zukunftsweisenden Konzepte der Nachwuchsförderung weiter auszubauen.



## **Digitalisierung**

In Nordrhein-Westfalen fehlt es an einer konkreten Forschungsstrategie für den Megatrend Digitalisierung. Zwar haben die Hochschulen bereits viel erreicht, aber die landesweite Digitalisierung der Verwaltungsabläufe ist noch nicht so weit vorangeschritten wie nötig.

Für eine moderne digitale Lehre fehlt den Hochschulen auch eine ausgereifte digitale Infrastruktur. So müssen sich die Hochschulen bei ihren Verwaltungsabläufen noch immer größtenteils mit Individuallösungen behelfen oder wenden fehleranfällige und zu aufwändige manuelle Prozesse an. Nicht nur die einzelnen Hochschulen,

sondern auch deren Gliederungen nutzen unterschiedliche Methoden und Systeme, um Studenten Nummern zuzuweisen und deren Eindeutigkeit sicherzustellen.

Um mehr digitale Hochschulbildung zu erreichen, müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine hochschulübergreifende Vernetzung durch einheitliche Standards bei der Nutzung von IT-Systemen und internetbasierter Services ermöglichen. Zudem bedarf es eines Koordinierungszentrums, das eine landesweite Hochschulkooperation in verschiedenen Bereichen initiiert und begleitet.

## **Familie und Hochschule**

Die Kinderlosigkeit unter Akademikern ist besonders auffallend. Unter allen Studierenden findet man nur 5 Prozent mit Kindern. Diese sind mit einem Durchschnittsalter von 30 Jahren auch deutlich älter als Studierende ohne Kind.

64 Prozent der Studierenden mit Kind studieren länger, das Risiko des Studienabbruchs steigt deutlich an – mehr als die Hälfte der Studierenden mit Kind bricht das Studium ab.

Wohnheimplätze für Studierende sind besonders in den gefragten Studienorten häufig Mangelware. Hatte Nordrhein-Westfalen 2012 noch eine Unterbringungsquote von 10,65 Prozent, sank diese in nur zwei Jahren bis 2014 auf 9,17 Prozent ab.

Familienfreundlichkeit, Wohnheimplätze, gute Beschäftigungsbedingungen – diese „weichen“ Standortfaktoren gewinnen auch an den Hochschulen stetig an Bedeutung. Die Hochschulen selbst verbessern ihr Image und ihre Attraktivität,

indem sie sich aktiv und innovativ vernetzen und dadurch über das Lernen hinausgehende gute Lebensbedingungen schaffen.

Familienunterstützende Hochschulangebote können Abwanderungstendenzen verringern und Studierende von außerhalb gewinnen. Derartige Wettbewerbsvorteile kommen in Zeiten demographischer Veränderungen der gesamten Hochschulregion zugute. Die Zahl der unmittelbar an den Hochschulen gelegenen Kinderbetreuungsplätze muss nicht nur deutlich ausgebaut, sondern auch flexibilisiert werden. Es müssen Möglichkeiten für eine unterjährige Aufnahme geschaffen werden.

Sinnvoll wäre weiterhin, familiengerechte Studienbedingungen durch ein Audit „Familienfreundliche Hochschule“ zu zertifizieren. Damit könnten vorhandene Maßnahmen erfasst und Verbesserungs- sowie Ausbaumöglichkeiten aufgezeigt werden, um sie in passgenauen Zielvereinbarungen nutzen zu können.



## **Impressum**

Stand: Februar 2017

Herausgeber:

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211-884-2213 | Fax: 0211-884-3308

[cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de)

[www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)

Redaktion:

Nils Sönksen

Dr. Christoph Weckenbrock

Fotos:

dpa

Picture Alliance

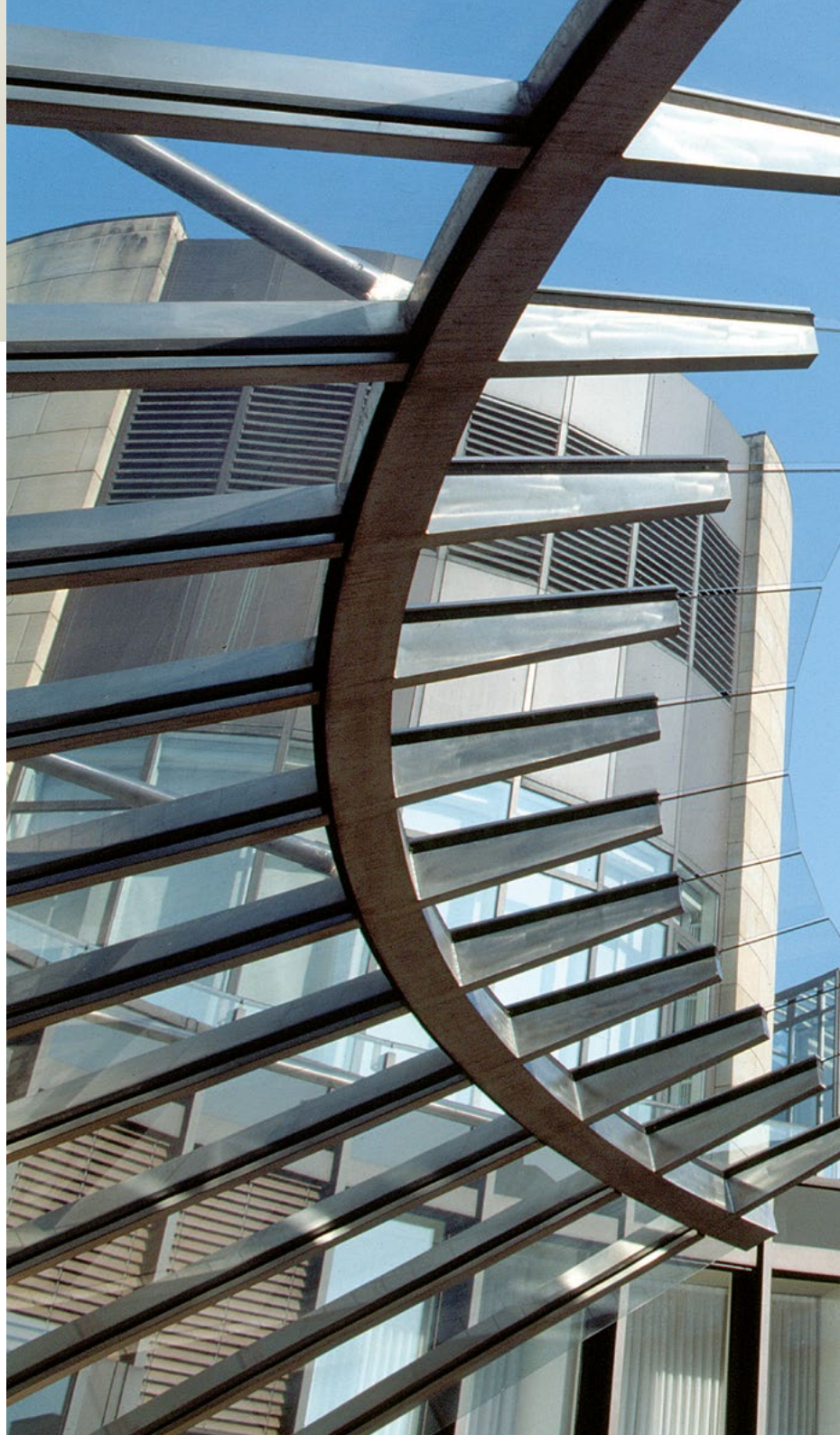
Pixabay

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen/

Bernd Schälte

Diese Broschüre darf nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.







Die Landtagsfraktion

**CDU**

[www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)